№ 139
A 59
Morgen-Ausgabe
Berlin
Freitag, 23 März 1923
200 Mark
Gegründet 1704

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischen Funkdienst. Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für März 5500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifband 8000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 500 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 140 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Vereitelter Putsch der Deutsch-Völkischen.

Verhaftungen in ganz Preußen.

Geplanter Sturz der Regierungen. — Attentatsabsichten gegen Severing. — Nationalistische Diktatur.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, hat das Deutsche Reich sehr nahe vor einer Wiederholung des unseligen Kapp-Putsches vom März 1920 gestanden. Wenn der preußische Minister des Innern in den jüngsten Tagen nicht vorsichtig und energisch zugegriffen hätte, wäre Deutschland in der gleichen Zeit, da es sich mit der Waffe des passiven Widerstandes gegen den Einbruch französisch-belgischer Truppen in das Ruhrgebiet wehrt, von innen heraus durch eine hochverräterische Unternehmung der mit den Nationalsozialisten verbundenen Deutschvölkischen in den schwersten Bürgerkrieg verwickelt und in das furchtbarste Chaos gestürzt worden.

Die Verhaftung von einigen Dutzend deutschvölkischen Führer und Unterführer, die gestern und vorgestern im Anschluß an die Festnahme des vielgenannten Leutnants Roßbach erfolgten, und der Haussuchungen, die in der Hauptgeschäftsstelle der „Deutschvölkischen" in der Dessauer Straße vorgenommen worden sind, haben den schlüssigen Beweis für den bereits gehegten Verdacht eines hochverräterischen Planes geliefert, der darauf hinausging,

innerhalb einer kurzen Frist zu einem genau bestimmten Tage die gegenwärtige Reichsregierung zu stürzen, ebenso die preußische Regierung, wobei die sozialistischen Minister, vor allem der Minister des Innern Severing, Attentaten zum Opfer fallen sollten, den Reichstag und den preußischen Landtag auseinanderzujagen, die Weimarer Verfassung aufzuheben und an deren Stelle eine sogenannte „nationale Diktatur" mit den deutschvölkischen und nationalsozialistischen Führern an der Spitze aufzurichten.

Der Plan war sorgfältiger vorbereitet als vor ziemlich genau drei Jahren der Kapp-Putsch. Er beschränkte sich nicht auf Berlin und Umgebung, sondern war auf das ganze Reich ausgedehnt, und die Haussuchungen sind ja auch nicht nur in Berlin, sondern auch in Kassel, Erfurt, Halberstadt, Hannover, Magdeburg und einigen anderen Städten in Pommern vorgenommen worden. Der ganze deutschvölkische und nationalsozialistische Heerbann in Preußen und in Bayern sollte aufgeboten werden. Die „Aufmarschpläne" für die einzelnen Hundertschaften der deutschvölkischen Garde waren in allen Einzelheiten festgelegt. Der konzentrische Angriff gegen Berlin war genau detailliert. Vermutlich wird man aus der Rede, die Minister Severing heute im Landtage zu halten beabsichtigt, nähere Einzelheiten über diesen weitverzweigten und weitvorgeschrittenen deutschvölkischen Putschplan erfahren, soweit deren Bekanntgabe nicht die Besorgnis einer Erschwerung der fortzusetzenden Ermittlungen rechtfertigen müßte.

Durch das Eingreifen des preußischen Ministeriums des Innern und der politischen Polizei ist die Ausführung dieses Putsches, der zweifellos das Unglück Deutschlands besiegelt hätte, vereitelt worden. Von den 26 Verhaftungen, die gestern in Berlin vorgenommen wurden, ist die Mehrzahl aufrechterhalten worden. Die Verhafteten werden sich vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben.

Die drei deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Henning und Wulle haben gestern abend behauptet, sie hätten Kenntnis davon, daß gegen sie Schutzhaftbefehle erlassen worden seien. Die Besorgnis davor läßt auf kein gutes Gewissen schließen. Tatsache ist, daß die drei Deutschvölkischen sich gestern abend an den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Löbe gewandt und ihn um Schutz gebeten haben. Die beiden Abgeordneten Wulle und Henning äußerten die Absicht, die ganze Nacht im Reichstagsgebäude zu verbringen. Nach der Verfassung können Abgeordnete verhaftet werden, wenn sie bei einer verbrecherischen Tat in flagranti betreten worden sind oder 24 Stunden nach Feststellung der Tat. Sie können aber ohne Zustimmung des Reichstagspräsidenten nicht im Reichstagsgebäude selbst festgenommen werden. Die Vorsicht, die anscheinend auch nach deutschvölkischer Auffassung der bessere Teil der Tapferkeit ist, war aber nicht vonnöten, denn Schutzhaftbefehle gegen die drei Abgeordneten sind nicht erlassen worden. Es sind nur ihre Papiere in der Hauptgeschäftsstelle der Deutschvölkischen beschlagnahmt worden.

Aus den beschlagnahmten Briefen und Dokumenten geht hervor, daß die Putschisten über sehr reiche Geldmittel verfügt haben. Nur diese Spenden, die sehr reich fließen, haben es ihnen ermöglicht, ihr Unternehmen zu finanzieren und so gut vorzubereiten, daß es zu einer ernsten Gefahr für das Reich werden konnte.

(Siehe auch vierte Seite.)

Der Reichskanzler über den Freiheitskampf

Die Rede im Münchner Rathaus

Drahtmeldung.

München, 22. März.

Bei seinem Münchener Aufenthalt, der auch weiterhin einen ungetrübten Verlauf nahm, hielt Reichskanzler Dr Cuno im alten Rathaussaal eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Wie klein scheinen die Sorgen, die in glücklicheren Zeiten bei solchen Besuchen erörtert werden mochten, gegenüber denen, die heute meine ernste Aussprache mit den Führern des bayerischen Volkes beherrschen! Denn was uns jetzt gemeinsam ist, ist nicht mehr die Frage schwererer oder geringerer Not, sondern ist die Frage um Leben und Tod der Nation. Not wollen wir tragen und sie uns gegenseitig lindern, wenn nur dahinter wieder einmal die Freiheit kommt. Eben darum handelt es sich.

Klarer und heller als je sehen wir heute am fernen Himmel dieses Ziel der Freiheit, klarer und heller empfinden wir es alle, daß unserem Volke, unseren Kindern, unserer Zukunft Gott und den Deutschen gegenüber es keine höhere Pflicht für uns geben kann, als diese Freiheit wieder zu erringen. Es schien mir oft, als vergaßen wir über den Streit um den Weg schon fast das Ziel. Dem haben die Franzosen ein Ende gemacht.

Der Reichskanzler sprach weiter über die Leiden, die seit dreieinhalb Jahren weite deutsche Landesteile unter dem harten Druck der Besetzung durchmachen. Er gedachte dabei besonders der Standhaftigkeit der bayerischen Rheinpfalz. Dann fuhr er fort:

Wir alle empfinden bitter und schwer das Unrecht, welches im Vertrag von Versailles auf uns gelegt ist, und wir werden nicht müde werden, es vor der Welt, wie vor unserem Volke als ein Unrecht zu kennzeichnen und in wirksamer Arbeit die Herauskunft des Tages zu beschleunigen, da Unrecht dem Rechte weicht. Aber nun ist zu dem Unrecht im Vertrage das Unrecht gegen den Vertrag gekommen, so sichtbar, so grell, daß kein Feuerschein auch in die erloschenen Augen eines Blinden leuchten mußte. Unter dem Vorwand deutschen Zurückbleibens hinter den uns auferlegten Holz- und Kohlenlieferungen hat Frankreich einen **Gewaltschritt zur endgültigen Erzwingung der wirtschaftlichen und militärischen Hegemonie in Europa unternommen.**

Die Schwächung und Bindung des Deutschen Reiches im Vertrag von Versailles hat ihm nicht genügt. Vollends will es Deutschland zerschlagen, vollends seinen Fuß auf den Nacken des ganzen deutschen Volkes setzen. Nicht handelt es sich um ein improvisiertes Abenteuer, sondern um ein lang bedachtes Unternehmen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Ich erinnere an die Tatsache, daß am 30. September 1914 der Vertreter des kaiserlichen Rußlands bei der französischen Republik, Izwolski, an den kaiserlich russischen Außenminister Sasonow auf Wunsch der französischen Regierung telegraphierte, Frankreich habe das Kriegsziel, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten; wie ich überhaupt hier ausdrücklich feststellen möchte, ist aus dem seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages veröffentlichten Depeschenwechsel der russischen Diplomatie der unumstößliche Beweis zu erbringen, daß alles, was von der französischen Regierung über Deutschlands Verhalten bei der Vorbereitung und Entstehung des Weltkrieges gesagt wurde, erfunden oder tendenziös entstellt ist.

Die bisherigen Folgen dieses Gewaltschrittes liegen klar vor den Augen der Oeffentlichkeit. In meiner Reichstagsrede habe ich die Bilanz des französischen Unternehmens gezogen. Ich nenne heute nur zwei Zahlen. Im Jahre 1922 hat Deutschland 13,2 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich und Luxemburg geliefert. Wenn die volle Zahl von 14½ Millionen Tonnen zu erreichen nicht möglich war, so waren wir doch bereit, im neuen Jahre erneute Kraft dem vollen Aufbringen zu widmen. Nach dem Ruhreinbruch haben Frankreich und Belgien vom 11. Januar **bis jetzt ungefähr 80 000 Tonnen Kohle und 18 000 Tonnen Koks** erhalten also bedeutend weniger als es ohne den gewaltsamen Schritt in drei Tagen erhalten hätte. Das, meine Herren, ist das „produktive Pfand". Mit dem Besitz ist es eben nicht getan. Das Pfand wird auch weiter nicht produktiv werden. Die Franzosen beginnen zwar nun an drei Stellen, von Holden mit Sand und Schaufel die Kohlen abzutragen und in den Eisenbahnwagen zu bringen. An einer anderen Stelle führten sie die Kohlen mit Pferdewagen zum Kanal, sie dort mit Schaufeln in den Kahn umzuladen.

Ich glaube nicht, daß das französische Volk auf die Dauer sich durch diese Art des „produktiven Pfandes" befriedigt halten wird, wenn es demgegenüber die erst vor wenigen Tagen genannten Aufwendungen für diese militärische Expedition betrachtet. **Frankreich** kann das Wirtschaftsleben jener Gebiete auf das schwerste stören und lähmen, es kann mit breiten Gewerkschalen das Flug erdachte und fein gesponnene Spinnwerk von Hochöfen und Zechen, Eisenbahn und Kanal zerschlagen und töten, aber es kann nicht Leben schaffen, wo der lebendige Wille deutscher Arbeit versagt.

Das ist also das bisherige Ergebnis der Ruhrexpedition. Daß es im wesentlichen so bleiben wird, dafür zeugt der ungebrochene Wille der gesamten Wirtschaft des dortigen Gebiets. Auf der anderen Seite steht gegenüber, was Frankreich von Deutschland an Leistungen weiter erhalten hätte, und was es bei einer ehrlichen, die Freiheit und den Bestand Deutschlands sichernden Verständigung weiter erreichen könnte. Oft genug haben Frankreich und die Entente das von Deutschland erfahren. Wenn die deutsche Regierung überhaupt nicht zum Verhandlungstisch zugelassen wurde, so tritt immer klarer hervor, daß es sich für Frankreich nicht um die Frage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands handelt, sondern um ganz andere Ziele, die noch weit über den Vertrag von Versailles hinausgehen. Ich wiederhole ein Wort aus dem Reichstag, das in der Erörterung über meine Rede gesprochen wurde: **mit einem Frankreich, welches Ruhe und Wiederaufbau will, werden wir uns verständigen können, mit einem Frankreich aber, das Ruhe und Rhein und das die Zerstörung Deutschlands will, nie.**

Der Reichskanzler erinnerte in diesem Zusammenhang an die Befreierrolle, die sich Frankreich anmaße. Deren Ziel sei: **Ein Pufferstaat, der irgendwie Frankreich dienstbar gemacht werde.** „Wenn man heute noch davon spricht, daß das Rheinland im politischen Verband des Reiches bleiben könne, so ist wohl auch das nur ein Zwischenschritt zu jenem alten Ziel französischer Politik, unter dem Gewande eines autonomen und neutralen Staates das linksrheinische Gebiet Frankreich zu unterwerfen. Wer das anstrebt, begeht die ungeheuerliche Vergewaltigung eines gleichberechtigten Volkes, das ungeheuerlichste Unrecht an einem Volk, das vor der Stunde des letzten schweren Kampfes im Vertrauen auf bindendes Wort des Gegners sich diesem überließ.

Will Frankreich das?

Was wir wollen, ist einfach und klar: Wir wollen unseren Staat erhalten. Wir wollen uns die Freiheit erringen in schwerer Arbeit unter Anspannung aller Kräfte. Wir wissen, daß wir schwere Lasten zu tragen haben, und sind dazu bereit. Käme es nur darauf an, so wäre unter ehrlich Wollenden eine Verständigung möglich, denn in der Wirtschaft ist immer wenn nicht ein objektiver Maßstab, so doch ein objektives Urteil fluger Sachverständiger möglich. Wie zu solcher Grenze zu leiten, hat Deutschland sich immer bereit

Die „Vossische Zeitung" ist in der Lage, eine Artikelreihe von Fridtjof Nansen über Rußland und seine Bedeutung für den Wiederaufbau Europas zu veröffentlichen. Wir beginnen heute mit dem Abdruck in der ersten Beilage.